

Gute Vorsätze – Eine Chrestomathie!

Gerd Kurze – Jg. 1949,
Journalist, Redakteur bei
UTOPIE kreativ.

Heft 200! Dieses Jubiläum glücklich zu erreichen, das wurde in den Editorials aller vorangegangenen Ausgaben unserer »UTOPIE kreativ« niemals angekündigt, und ich darf aus meiner Einsicht als dienstjüngster Mitstreiter der (rein ehrenamtlich) arbeitenden Redaktion hier mitteilen, es wurde auch gelegentlich bezweifelt, wenn gleich immer angestrebt, und wäre es das Letzte, das wir machten.

Dieses zähe Bestehen einer Herausforderung, die vor mehr als anderthalb Jahrzehnten als gegeben erkannt wurde, widerspiegeln in gewisser Weise die Vorsätze aller Hefte, diese Lagebesprechungen, Situationsanalysen, Zeitkommentare, historischen Exkurse aus aktuellen Anlässen und redaktionellen Mitteilungen von früheren und jetzigen Mitgliedern der Redaktion, welche hier in, wie ich meine, bemerkens- und erinnernden Auszügen versammelt sind.

Auslöser für diesen Beitrag zum Jubiläumsheft war mir aus jenen diese Sentenz: »Ob man mit dem als richtig Erkannten einsam bleibt und sich damit in die Gefahr begibt, irre zu werden, oder sich trotz der Kräfteverhältnisse in die Politik wirft, wohl wissend, daß man, gemessen am eigenen Maßstab, nur scheitern kann, dies aber dem Untätigsein in der selbstgewählten Isolation vorzieht – muß jeder für sich selbst entscheiden. Das steht außerhalb jeder fremden Bewertung. – Jörn Schütrumpf« (Heft 195, Jan. 2007)

Nun, die vorliegende Ausgabe 200 der UTOPIE kreativ, der beste-hende Arbeitswille ihrer Redaktion und die anhaltende Beteiligung einer wieder wachsenden Zahl von Autorinnen und Autoren sowie das Bekenntnis der Herausgeber zur Fortsetzung unserer Arbeit sagen klar, welche Alternative wir gewählt haben.

GERD KURZE

Heft 1, Sept. 1990

Helmut Steiner – Jg. 1936,
Prof. Dr. Soziologe, Chefredakteur von UTOPIE kreativ 1990 bis 1994, Initiator des Fördervereins Konkrete Utopien.

Die Idee des Sozialismus war und ist in den letzten beiden Jahrhunderten die einflussreichste Utopie. Die erste historische Variante zu ihrer konkreten Verwirklichung hat sich jedoch als untauglich erwiesen. Sind damit auch die Ideale einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung untergegangen? Oder haben nicht gerade die – auch und nicht zuletzt – sozialistischen Forderungen nach menschlicher Freiheit, öffentlicher Diskussion, demokratischer Einflussnahme, leistungsgerechter Anerkennung, gleichgestelltem Zusammenleben und wachsender Lebensqualität das Scheitern dieses Gesellschaftstyps entscheidend bewirkt?

HELMUT STEINER

Heft 2, Okt. 1990

Wer allein in Wehmut oder gar Resignation auf die vergangene DDR schaut – die z. B. mit vielen sozialen Sicherheiten auch Bewahrenswertes vorzuweisen hatte – verschließt sich selbst vor den neuen Herausforderungen und Möglichkeiten. Auf den dänischen Romanier Martin Andersen Nexö geht der Satz zurück: Die Verbitterten haben noch nie die Welt verändert.

HELMUT STEINER

Heft 4, Jan. 1991

Welchen Stellenwert haben heute und künftig die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Reichtum und Armut, zwischen den Geschlechtern, zwischen Mensch und Natur, zwischen demokratischer Fremd- und individueller Selbstbestimmung, zwischen ›Erster‹ und ›Dritter‹ Welt? Wie sind sie ineinander verschlungen, gibt es dabei einen Hauptwiderspruch, oder welche Prioritäten sind zwischen ihnen gegeben und schließlich: welche Programme sind notwendig und realistisch, um diese Widersprüche demokratisch und friedensstiftend durch gesellschaftliches Handeln zu lösen? Was bedeutet also anti-kapitalistisch mit dem Blick auf das Jahr 2000?

HELMUT STEINER

Heft 6, Febr. 1991

Im Unterschied zu anderen marxistischen Theoretikern hat Gramsci die von vielen betonte Einsicht, den politischen Überbau nicht allein als mehr oder weniger passive Entsprechung der sozialökonomischen Basis aufzufassen, tatsächlich weitergedacht. Für ihn reduziert sich der politische Überbau auch nicht allein auf die HERRSCHAFTSverhältnisse und die repressive GEWALT, sondern er erkennt die aktive ZIVILISATORISCHE Bedeutung des geistigen Lebens und der Kultur als Stimulanzen zur Veränderung kapitalistischer Verhältnisse. Politische HERRSCHAFT ist für den historischen Fortschritt durch geistig-kulturelle und moralische FÜHRUNG in der Gesellschaft zunehmend zu begleiten und schließlich zu verdrängen. Für eine neue HEGEMONIE in der politischen Kräftekonstellation auf dem weiteren Weg zu einer ZIVILGESELLSCHAFT kommt dem INTELLEKTUELLEN eine Schlüsselrolle zu, die er sowohl innerhalb wie außerhalb der beruflichen Intelligenz erkennt.

HELMUT STEINER

Heft 6, Apr. 1991

Vor allem politische Hindernisse türmen sich auf dem Weg zu einer zivilisierten, gewaltfreien und friedfertigen Gesellschaft. Dabei ist es eine UTOPIE, der nicht nur Sozialisten, sondern alle wahren Demokraten und Humanisten folgen könnten. Ihrer aller Zusammengehen auch in diesem Punkte ist aber schon die nächste Utopie. Trotzdem – und gerade deshalb – sollte versucht werden, beiden UTOPIEN zu folgen. Erinnerung sei an eine Maxime, die der junge Marx 1843/44 in seiner Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie formulierte: Alle Verhältnisse umwerfen, in denen der Mensch ein geknechtetes Wesen ist.

HELMUT STEINER

Gunther Köhlmeier –
1913-2000, Prof. Dr.,
Wirtschaftswissenschaftler,
Gründungsvorsitzender des
Fördervereins Konkrete
Utopien.

1 Ernst Bloch: Tendenz –
Latenz – Utopie, Frankfurt
am Main 1978, S. 341,
246 ff.

Jörn Schütrumpf – Jg. 1956,
Dr. phil., seit Gründung
1990 Redakteur bei
UTOPIE kreativ.

Arndt Hopfmann – Jg. 1956,
Dr. oec., studierte Volkswirt-
schaftslehre und Afrikanistik
in Leipzig und arbeitete zu
Fragen von Weltmarkt-
integrations- und Peripheri-
sierungsprozessen an der
Universität Leipzig und der
Freien Universität Berlin,
1992 bis 2007 Redakteur
bei UTOPIE kreativ.

Heft 41/42, März/Apr. 1994

Wir wissen nicht erst seit Bloch, dass Zukünftiges als Latenz in unse-
ren Wirklichkeiten enthalten ist. Mit der Kategorie des Möglichen als
Noch-Nicht, objektiv und subjektiv, wäre Latenz in Potenz umzuset-
zen. Das Subjektive sind nach Bloch »der tagespolitische Kampf, die
praktischen Schritte, die notwendig sind für einen radikalen Umbau
der Verhältnisse von Menschen zu Menschen und zur Natur«. Das ist
»Praxis auf längere Sicht«, das ist »revolutionäre Praxis«.¹

GUNTHER KOHLMAYER

Heft 45/46, Juli/Aug. 1994

Man wird den Eindruck nicht los, als wenn es nicht mehr darum
gehe, was, sondern nur noch darum, wie es gesagt wird: Hauptsache
verletzend, selbst die Denunziation nicht scheuend, wenn sie Auf-
merksamkeit nur verspricht. Manch einer, der über den Faschismus
räsoniert, der sich in der ostdeutschen Gesellschaft formiere – ur-
sprünglich einmal in den Komitees für Gerechtigkeit ausgemacht,
nun in der unterdessen so erfolgreichen PDS –, hat zumindest eines
erreicht: dass er im Gespräch bleibt, was ja auch heißt, dass er im
Geschäft bleibt. Und vielleicht ist mehr gar nicht beabsichtigt.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 50, Dez. 1994

Der Umgestaltungsdruck nimmt im globalen, regionalen und lokalen
Raum weiter zu, weil die überkommenden Verhältnisse und Regu-
lierungsmechanismen es nicht mehr ermöglichen, die aufgestauten
Probleme kleinzuarbeiten. Die alte Weltordnung wirkt wie eine Pla-
nierraupen, die nichts mehr einebnet, sondern nur noch alles vor sich
herschleift – inzwischen drohen die aufgehäuften Schuttmassen, die
zu einem enormen Problem geworden sind, den untauglichen Pro-
blemlösungsmechanismus, unter sich zu begraben. Die Welt befindet
sich in einem Umbruch, dessen Ausgang völlig offen ist.

ARNDT HOPFMANN

Heft 51, Jan. 1995

Wenn 99 Prozent aller Kapitalbewegungen dazu dienen, spekula-
tiven Gewinnen nachzujagen, wird die von biosozialen Wesen be-
völkerte wirkliche Welt zum eher marginalen Störfaktor.

ARNDT HOPFMANN

Heft 52, Febr. 1995

Nach 1968 folgte im Westen dem steckengebliebenen Aufbruch in be-
freite Individualität durch kollektives Handeln der jammerreiche Weg in
die »Selbsterfahrungsgruppe« und die »Befindlichkeit« – nicht wenige
schwören unterdessen auf Esoterik. Im Osten geht, wie bekannt, alles
schneller – manche halten das für »nachholende Modernisierung«.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 56, Juni 1995

Worum es geht, ist die Aneignung des sozialen Raumes durch die
gesellschaftlichen Individuen selbst, »die Einschränkung des Gel-
tungsbereiches der Ökonomischen Vernunft« (A. Gorz) zugunsten

der Ausdehnung des Geltungsbereiches des sozial Vernünftigen, was es ermöglichen würde, mit weniger Konsum besser zu leben und sinnerfüllter zu arbeiten. Es geht um die Verlagerung der sozialen Verantwortlichkeit weg vom Paternalismus des Staates und der politischen Parteien hin zur Aktivierung sozialer Basisbewegungen, regional, national und global – oder wie es Jaho Riese kürzlich formulierte: »Kapitalismus ist eben eine viel zu ernste Angelegenheit, als dass man ihn der Wirtschaftspolitik überlassen darf«.

ARNDT HOPFMANN

Heft 57, Juli 1995

Während also die Glaubenssätze und ideologischen Anrufungen des herrschenden Weltsystems immer weniger verfangen, wächst die materielle Gewalt der wirtschaftlichen Sachzwänge anscheinend ins Unendliche. Der Untergang der Menschheit ist so nicht nur wahrscheinlich, er gewinnt sogar die Dimension des Unvermeidlichen – weil er schlicht und ergreifend der zwanghaften Logik der Verhältnisse am besten entspricht.

ARNDT HOPFMANN

Heft 59, Sept. 1995

Bellizismus, unter der vermeintlichen und wirklichen deutschen Linken die vornehme Umschreibung für die Befürwortung eines »gerechten« Krieges, ist das Wort der Stunde. Das Konvertieren zu ihm wird gerechtfertigt mit dem »Versagen aller friedlichen Mittel zur Konfliktlösung«. – Mitunter glaubt man sich in den Politunterricht der Nationalen Volksarmee seeligen Angedenkens zurückversetzt, wenn heute allen Ernstes suggeriert wird, die Waffe an sich sei neutral; es komme nur darauf an, wer sie führe – und wofür.

Nicht zuletzt erklärte Pazifisten von gestern, die in jedem Spielzeugpanzer in einem DDR-Kindergarten den nächsten Weltkrieg heraufdämmern sahen, fordern heute reale Panzer nach Ex-Jugoslawien. Daß Feindschaft stets Feindschaft, militärische Gewalt noch mehr Gewalt heckt, wird versucht, uns vergessen zu machen. Doch es hat sich nichts geändert: »Militärische Lösungen« tragen immer den nächsten Konflikt in sich – und der übernächste könnte wieder ein Weltkrieg sein.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 60, Okt. 1995

Sicher, es gibt unterschiedliches Recht, aber beim wichtigsten, beim Eigentumsrecht gibt es doch die wenigsten Ausnahmen; und wieso sollen eigentlich die Versager von gestern – als Exminister oder als ehemals Staatsnahe oder als Professoren »alten Rechts« – heute schon wieder gleichberechtigt mitmischen dürfen? Sicher, die modernen Wanderarbeiter – »Pendler« – werden ausschließlich, wenn sie als Leihbeamte, Lufthansa-Professoren, Treuhänder oder Mitwirkende in diversen Kommissionen in West-Ost-Richtung reisen, mit komfortablen Entschädigungen – »Buschzulagen« – ausgestattet, aber auch den Ost-West-Pendlern ist es nicht verboten, Manager, Beamte, Hochschullehrer oder Arbeiter zu werden ... Sicher, die Treuhand hat das Produktivvermögen der DDR zu 96 Prozent West-

deutschen und Ausländern aufdrängen müssen, aber – seien wir mal ehrlich – den Ostdeutschen hätte doch niemand derartig großzügige Investitionszulagen geglaubt, nachdem sie die realsozialistische Karre so gründlich in den Dreck gesetzt hatten ...und überhaupt, alle wollen doch nur das Beste für Ostdeutschland – die harte D-Mark, blühende Landschaften, industrielle Kerne, Golfplätze, Zwischen- und Endlager, Einkaufs- und Freizeitparks – was soll das alles mit Kolonialismus zu tun haben?

ARNDT HOPFMANN

Heft 64, Febr. 1996

Wolfram Adolphi – Jg. 1951, Dr. sc. phil., Dipl.-Staatswissenschaftler, wiss. Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Roland Claus (Fraktion DIE LINKE), Redakteur bei UTOPIE kreativ seit 1992.

Utopien, wo sie die Gesellschaft betreffen, haben einen schweren Stand am Ende dieses ausgehenden Jahrhunderts. Auf doppelte Weise sind sie zuschanden geritten worden: Die einen, die an sie glaubten im revolutionären Verändernwollen, erklärten sie ungeduldig zur »Aufgabe des Tages« und frachteten sie dann mit einer ebenso luft- wie geistabklemmenden Fülle von »Maßnahmen zur konkreten Umsetzung« zu Tode – womit sie auch die von Ernst Bloch gemeinten konkreten Utopien in grotesker Weise in ihr Gegenteil verkehrten. Denn diese bedurften natürlich nicht des erstarrten Endpunktes, sondern dessen Gegenteils: der beständigen Bewegung, des »Moments des Entdeckens«, das »mit objektiv Entdeckbarem, nicht nur Erzeugbarem« vermittelt ist«.(...) – Die anderen, denen dieses Verändernwollen aus vielfachem Prinzip ohnehin und immer gegen den Strich ging, haben die Niederlage des einen Versuchs zur Niederlage von Utopie überhaupt erklärt und – zu allem Überfluß – auch den Utopiebegriff noch in ihre Diktaturgleichsetzungsübungen eingeschlossen, um ihn so gleich doppelt gründlich für alles Weiterdenken unattraktiv zu machen.

WOLFRAM ADOLPHI

Heft 68, Juni 1996

»Nur weil sie Bremsen haben, können Autos schneller fahren (als Pferdewagen)«, stellte einst metaphorisch ein weitsichtiger Analytiker des modernen Kapitalismus (d. i.: Joseph Alois Schumpeter) mit Bezug darauf fest, dass die Entfesselung kapitalistischer Rationalität ohne politisch-soziale Absicherung eine lebensgefährliche Veranstaltung ist.

ARNDT HOPFMANN

Heft 71, Sept. 1996

Das AutorInnenverzeichnis der »UTOPIE kreativ« liefert den wenig erfreulichen Beweis: Das Interesse der professionellen PDS-PolitikerInnen, sich mit eigenen Ideen, Konzepten, Gedanken und Streitpositionen ganz unverwechselbar und langfristig rückfragbar offensiv in der Suche der PDS nach neuen Ufern zu plazieren, ist geringer geworden. Die Alltagsarbeit, hört man, läßt keine Zeit. Parlamentspapiere, Vorstandsvorlagen, Beschlußentwürfe, Presseerklärungen. Aber wir haben nicht nur zu wenige Politiker-Wortmeldungen bei Ideen, Konzepten, Gedanken und Streitpositionen, sondern auch bei der schlüssigen Erfahrungsverwertung. Die Vielfalt täglicher PDS-Politik und die Grenzen, an die sie immer und immer wieder stößt – der eine

spürt, der andere erahnt sie, aber kaum jemand beschreibt sie. Beschreibt sie emanzipatorische – will sagen: mit Blick auf und Anspruch an Kommende; mit dem Mut, für die Erkenntnisse und Schlußfolgerungen beim Wort genommen werden können.

WOLFRAM ADOLPHI

Heft 72, Okt. 1996

Die sich immer mehr verfestigende »Ost-Identität« wird als Bedrohung empfunden. Das sich gemeinhin so pluralistisch gebende offizielle Deutschland kann erstaunlicherweise mit Unterschieden in den Wahrnehmungsweisen und Erfahrungsmustern nicht umgehen. Die Aufhebung von geistig-mentaler Vielfalt gilt als Ausweis der tatsächlich vollzogenen »Bekehrung« zu Markt und Demokratie und muß um jeden Preis erreicht werden. Das vereinte Deutschland soll so sein wie die Alt-BRD – und kann es doch nicht werden.

ARNDT HOPFMANN

Heft 73, Nov. 1996

Wenn sich erst herausstellt, daß zum Beispiel das Niveau der ostdeutschen Löhne auch die Reproduktion des bundesdeutschen »Normalarbeiters« hinreichend sichert oder daß die Organisation der Arbeitslosenversicherung in Polen oder Ungarn wesentlich kostengünstiger ist – und daß vielleicht etwas mehr »Mafia« und Korruption die Profitrate noch um ein erhebliches zu steigern vermögen, dann kann es durchaus noch zum »Institutionentransfer« in Ost-West-Richtung kommen. Dann stellt sich möglicherweise heraus, daß der Osten bereits heute »moderner« ist als der Westen – moderner vielleicht, aber auch zukunftsfähiger?

ARNDT HOPFMANN

Heft 81/82, Juli/Aug. 1997

Die so lange geheim gehaltenen Dokumente bringen es an den Tag: Auch die letzten Bastionen eines »Ja, aber«, mit dem sich Millionen von Kommunisten und Sozialisten einen Schutzschild aufzurichten versuchten gegen das Wissen von den Ungeheuerlichkeiten der Kommunistenverfolgungen in der Sowjetunion, müssen fallen. Die eine dieser Bastionen: die äußere Bedrohung der Sowjetunion. Daß es sie gab: kein Zweifel. Aber sie spielte keine Rolle im Politbüro bei der Begründung der dort beschlossenen Verhaftungswellen, war vielmehr von Beginn an nur Propagandainstrument, gerichtet einzig auf die Rechtfertigung des Terrors. Und die andere: die Auffassung, es könne beim Terror in der Sowjetunion weniger plan- und industriemäßig als im faschistischen Deutschland zugegangen sein. Das Politbüro hat geplant – und den Terror zum Bestandteil der Wirtschaftsentwicklung gemacht.

Und in der DDR? Immer deutlicher wird, warum die kommunistischen und andere linke Westemigranten und »Abweichler« als Hauptfeinde behandelt und kritische und unangepaßte Sozialdemokraten aus der jungen SED »hinausgesäubert« wurden: Sie zuerst hatten gewarnt – oder hätten später warnen können – vor den Gefahren einer schematischen Übertragung sowjetischer Staats- und Gesellschaftsaufbaumethoden auf die DDR. Und damit wäre der

Führungsgruppe um Ulbricht, die von vornherein so unerhört belastet war durch ihr Eingezwängtsein in das unerträgliches Wissen um den Terror in der Sowjetunion und ihre eigene Rolle während der Vernichtung tausender deutscher Emigranten, der Boden unter den Füßen weggezogen worden. Also reagierte diese Führungsgruppe logisch: Von Beginn an konzentrierte sie einen erheblichen Teil all ihrer Kraft darauf, die grausamen Geheimnisse zu wahren – und produzierte neue, der Lage geschuldet zunehmend subtilere Formen der Ausschaltung und Unterdrückung Andersdenkender.

WOLFRAM ADOLPHI

Heft 88, Febr. 1998

Nachdem der Marxismus – der einzige große Entwurf, der explizit über einen transformationstheoretischen Ansatz verfügt – mit seiner oft schematisch interpretierten Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen und seiner teleologischen Vision vom Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus als quasi zwangsläufiges Naturereignis Schiffbruch erlitten hat, ist im Moment keine der Hyperkomplexität der Probleme angemessene Weiterentwicklung in Sicht. Und doch würde eine Transformationstheorie als tragendes Element einer modernen Gesellschaftstheorie dringend gebraucht, wenn zum Beispiel die im globalen Maßstab notwendige Systemtransformation zu einem ökologisch und sozial zukunftsfähigen Gesellschaftstyp politisch gesteuert gelingen soll. Dazu bedürfte es der Erhellung jener Zusammenhänge, die das komplizierte Zusammenwirken von historischen Ausgangsbedingungen und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit politischen Reformstrategien in einer interdependenten Welt vermitteln. Dies ist zweifellos eine grandiose Herausforderung – auch an eine erneuerte marxistische Gesellschaftstheorie.

ARNDT HOPFMANN

Heft 93, Juli 1998

Die Mehrheit der DDR-Bürger hat im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte sich 1990 für die Anschließparteien und gegen einen eigenen Weg entschieden. Die Folge war ein Elitenwechsel, auch in den Bürokratien. Der Gedanke, das neue System hätte von den alten Eliten implantiert werden sollen, schreckt noch im nachhinein. Arroganz, wenn sie sich mit Inkompetenz paart, wird keineswegs erträglicher. Ein Blick nach Rußland belehrt – vielleicht auch den Unbelehrbaren.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 96, Okt. 1998

Der einst so beklagte Kalte Krieg ist unterdessen in einen Kalten Frieden gemündet. Der eine der beiden Gegner ist zwar aus der Geschichte ausgeschieden; doch die Gefährdungen, die im Schatten ihrer Feindschaft wucherten, blieben der Menschheit erhalten – sei es die Aussicht, während eines nuklearen Winters auszusterben oder in einem Weltbürgerkrieg um die existenzsichernden Ressourcen in die Barbarei zurückzufallen beziehungsweise dank abtauender Pole nach und nach zu ersaufen. Nur redet niemand mehr davon. Kalter

Frieden eben. Wirklichkeitsverlust ist heute ein Gesellschaftsspiel, dem sich zu entziehen als unschicklich gilt. Der – klug – kühl gelagerte Haß der beiden Supermächte aufeinander hielt vier Jahrzehnte lang beide deutsche Nachkriegsgesellschaften in einem Zustand nicht nur verordneter, sondern von den Betroffenen zumeist auch wohlgeleitener Infantilität. Weder die subalternen Gestalten in Bonn noch die in Ost-Berlin konnten noch durften letztlich etwas tun, was die Weisungsberechtigten in Washington beziehungsweise in Moskau ernsthaft nicht gewünscht hätten. In der deutschen Geschichte zählt diese Periode schon heute zu den glücklicheren Zeiten. Die Grenzen deutschen Handelns hatten die nach dem gemeinsamen Sieg über die sowohl unruhigen als auch feigen Mitteleuropäer erneut Verfeindeten klar gezogen. Alles war überschaubar, da fühlten sich auch Deutsche wohl, zumindest auf der einen Seite der Mauer. Bis einige tausend DDRler ihrer Gartenzwerglandschaft überdrüssig wurden und – in völliger Unschuld – die Bonner Politik aus der fürsorglichen Vormundschaft des Westens herausdemonstrierten. Das war nicht vorgesehen. Das verzeiht der Westen dem Osten nie, war es doch gerade richtig gemütlich geworden. So schön wie in den achtziger Jahren wird es nie wieder

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 99, Jan. 1999

Wenn die Linke genau so sein will wie alle anderen, sich an den gleichen Maßstäben messen möchte wie alle anderen, stellt sich die Frage, wozu man sie braucht. Die Linke trat nach 1789 auf den Plan, nicht, weil sie etwas mehr wollte – sei es mehr an Macht, sei es mehr an Sozialverträglichkeit der gesellschaftlichen Zustände –, sondern weil sie etwas anderes wollte. Bis heute ist sie in ihrer lausigen Praxis allerdings nicht darüber hinausgekommen, lediglich etwas mehr zu wollen. Etwas anderes wollte sie fast immer nur in der Theorie. Und die vergaß sie meist, wenn Macht in Aussicht stand oder um Macht gerungen wurde. Die Erwartung, endlich in Deutschland mitspielen zu dürfen, machte die SPD 1914 zum treuen Bündnispartner beim Völkermord. Die Erwartung einer Weltrevolution ließ 1928 Thälmann und andere »gesunde proletarische Kräfte« die restlichen selbständig denkenden Intellektuellen endgültig mundtot machen – das Karl-Liebknecht-Haus wurde zum Vorhof des Kreml, wenig später für nicht wenige auch des GULag. Nach der Wahlschlappe 1990 wurden auch die Grünen realistisch. Wie sehr sich die Staatssozialisten der Differenz zwischen der Theorie und ihrer Praxis bewußt waren, unterstrichen sie mit einem Adjektiv, das sie ihrem Kasernenhofsozialismus verordneten: real. Jene traurige Gestalt, die nicht genug bekommen konnte von Zeitungsfotos, die sie selbst abbildeten, spreizte sich immer noch ein Stück mehr als sonst, wenn sie vom realen Sozialismus daherlispelte und so – gebildet und diplomatisch, wie sie und die anderen Genossen nun einmal waren – allen linken Spinnern, beileibe nicht nur jenen im Westen, ihren Unwert bedeutete. Die Theorie ist nichts, die Macht ist alles. Der geschlossenen dieser Gestalt in den Untergang folgenden Partei war die Theorie aber keineswegs einerlei. Ganz im Gegenteil, sie lag vor allem ihren führenden Genossen wenn auch nicht unbedingt immer

am Herzen, so doch auf jeden Fall stets im Magen. Deshalb scheute sie weder Kosten noch Personal und sorgte dafür, daß die Theorie nicht vereinsamte. Zuerst wurde sie beaufsichtigt, dann an die Kette gelegt, und schließlich von Parteitag zu Parteitag, von Plenum zu Plenum langsam, aber sicher so hininszeniert, daß sie der Wirklichkeit immer ähnlicher wurde. Besondere Perlen der Parteisophistik zu veröffentlichen, war der »Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus« vorbehalten. Schon ihr Titel – »Einheit« – verheimlichte nicht, daß in ihrer Redaktion selbständiges Denken, also Pluralität, wenig geschätzt war. Manch Ketzer, der in den Theorieverwahrnstanalten nicht vom Gift wirklicher Theorie hatte ferngehalten werden können, sah in den Inszenierungen allerdings eher Folter – und wurde trotzdem nicht gefoltert. In den späten Jahren der traurigen Gestalt kam man dafür sogar nicht einmal mehr ins Zuchthaus. So human ging es da zu. Die theorieführenden Theorieaufbewahrer erhielten ihre Orden nicht umsonst. Sie hatten der Theorie so viel Lügen auf die Brust gepreßt, daß sie kaum noch atmete. Und das ist gut so, wenn man an der Macht bleiben will. »Denn die geben wir nie wieder her.« Als auch dieses Versprechen gebrochen war, keimte Hoffnung auf neue geistige Freiheit. Diese Freiheit hatte viele Facetten, u. a. auch die: Helmut Steiner und Marion Kunze begründeten »UTOPIE konkret« – mit der klaren Aussicht, das Blatt demnächst wieder einzustellen. Wer will schon denken – zumindest in Zeiten, in denen das Denken nicht verboten ist?

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 109/110, Nov./Dez. 1999

Die heutigen bundesdeutschen – vor allem die katholischen – Eliten haben allerdings keine Neigung, die Hindenburg-Brüning bzw. Hindenburg-Schleicher-Diktatur großartig zu thematisieren. Denn damit käme nicht nur der Anteil der katholischen Zentrumsparterie an der den Weg nach ganz rechts öffnenden Präsidialdiktatur in den Blick, es ließe sich auch die Legende von der von rechts und von links zerstörten Weimarer Republik nicht länger halten. Und da sei die Staatsräson vor, ist doch die Bundesrepublik als Projekt römisch-deutscher Christen der Höhepunkt deutscher Staatsentwicklung. Diese Republik hat es sogar geschafft, daß der Kleinbürgernachwuchs von 1968 sein eigenes Kind – das einzige wirkliche sozialpolitische Vorhaben seit Erhards Sozialstaatskonzept – dümmlich grinzend in der Wiege erstickte. Der ökosoziale Umbau der Gesellschaft ist letztlich nicht mehr als ein Kahn gewesen, mit dem die Grünen an die Macht schipperten. Die Eingenerationenpartie ist erfolgreich aus der Pubertät heraus. Die Demokratie hat ihre Bewährungsprobe bestanden – die Gefahr drohender Zukunftsfähigkeit für das Land wurde kaputtintegriert. Es wäre zu schön gewesen, ins neue Jahrhundert mit einer Hoffnung zu gehen. Daran hätte mich nicht einmal gestört, daß sie aus Deutschland gekommen wäre.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 115/116, Mai/Juni 2000

Denn ist es, wenn man dem Anspruch auf den Besitz ewiger Wahrheiten und unumstößlicher Prognosen der Menschheitsentwicklung

endgültig entsagt hat, nicht logisch, vor die Entscheidung über die Haltung zu einem einzelnen Ereignis in dieser Entwicklung die genaue Prüfung dieses Ereignisses – eben die Einzelfallprüfung – zu setzen? Und ist es, wenn aus aller Geschichte der Niederlagen der sozialistischen Idee gelernt worden ist, daß ohne die Gewinnung demokratischer Mehrheiten selbst sehr edle Ziele nur allzu leicht zur Farce verkommen, nicht logisch, stets – also auch in der Frage der Einzelfallprüfung – das beharrliche Ringen um Verbündete im Auge zu haben? Weil sonst auch der »reinste« Standpunkt letztlich nur sich selbst genügt? Aber so logisch dieses Herangehen in sich auch ist: In Münster – und bereits auf dem langen, aber für diese Abstimmung zu kurzen Weg dorthin – ist es nicht zur Logik von Mehrheiten geworden.

WOLFRAM ADOLPHI

Heft 117, Juli 2000

Wenn es um eine vernunftgemäße Regulation von Geld- und Marktwirtschaften geht, sind die Regierungen in aller Regel selbst Partei. Nicht, daß sie von einem einzigen »global player« ausgehalten würden – das passiert höchstens in der Dritten Welt, wo Regierungen weitaus »billiger« sind –, nein, die Regierenden selbst denken in den Grenzen des Systems. Und aus dieser Weltsicht ist das »Gekonnte das Gesollte«. Denn gegen die Logik, daß nur der kommerzielle Verwertungstrieb Innovationen und dazu auch noch Vernünftiges hervorzubringen vermag, ist seit Adam Smith offensichtlich kein Kraut gewachsen. Damit wird »das Gekonnte« nicht nur das »Gesollte, sondern auch das Gesollte das Unvermeidliche« (Günther Anders) – nur vermittelt über Geldbeziehungen und (ihre höchste Form) »Profitinteressen« könnten die Menschheitsprobleme gelöst werden, und wenn sich dann trotzdem erweist, daß Milliarden Menschen von dieser Art Zukunftslösung ausgeschlossen sein sollten, dann ist dies eben unvermeidlich.

ARNDT HOPFMAN

Heft 121/122, Nov./Dez. 2000

1990 war viel die Rede vom Projekt PDS als Partei und Bewegung. Mit der Bewegung wurde es nichts, dafür weicht unterdessen aus der Partei langsam die Bewegung. Ein Vorgang, den die PDS zweifellos mit den anderen Parteien gemein hat. Trost spendend ist das nicht. Stellt man dann noch die altersmäßige Zusammensetzung der Partei in Rechnung, ist absehbar, wann der erzwungene Aufbruch von 1989/90 zu einem Wahlverein mutiert sein wird. Ob dieser dann noch gewählt werden wird, kann heute niemand mit Sicherheit sagen. Wie er regieren würde, hingegen schon. Was tun? Die Partei neuen Typus ist am Avantgardismus, die parlamentsfixierten linken Parteien sind am Parlamentarismus gescheitert. Hatte also Francis Fukuyama 1990 mit seiner These, der Kapitalismus sei das Ende der Geschichte, doch Recht? Zumindest mit der Diagnose, wenngleich nicht mit seiner Begründung. Die müßte wohl lauten: Weil es keine Instrumente gäbe, ihn in eine sozial gerechte, ökologisch verträgliche, menschenfreundlich-kulturvolle Gesellschaft zu transformieren, weder per Avantgarde noch per Parlament. Weil etwas Drittes bisher noch keine

klare Kontur angenommen habe. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben: Eine seriöse Antwort wird viel Arbeit erfordern. Mit den alten Gewißheiten läßt sich noch trefflich aus der Nische heraus Recht haben. Politisch ist mit ihnen nichts mehr zu machen, außer ein bißchen Radau – als Grabmusik bei der Beerdigung der deutschen Linken. Die Rechte würde sogar brav applaudieren.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 127, Mai 2001

Seit Wochen erleben wir in den Medien dieses Landes eine Bildungsdiskussion. Trotz Globalisierung denkt die deutsche Wirtschaft auf einmal wieder national. Die Technologien sind eben doch noch nicht so weit fortgeschritten, daß der vor sich hin analphabetisierende Nachwuchs deutscher Zunge nur noch als Hilfskraft für die Schreibkundigen aus Indien und Bulgarien benötigt würde. Die Bundesrepublik – noch im westdeutschen Zustand – hatte ihre erste Bildungsdebatte Mitte der sechziger Jahre erlebt. Nach dem Mauerbau war der Zufluß an verwendungsfähigen Absolventen aus kommunistischer Berufsausbildung und Hochschule (selbständig, teamfähig, rechtschreibkundig – siehe oben) versiegt. Die Lage für die westdeutsche Wirtschaft – damals noch global player in Kinderschuhen – wurde bedrohlich. Denn in das Bildungswesen West war unter Adenauer noch weniger Geld als heutzutage unter der SPD geflossen. Das Fachpersonal für das Wirtschaftswunder hatte der Osten zur Verfügung gestellt. Bei einem Wiederaufbau allein aus eigener Kraft (ohne Fachkraft Ost und Marshallplan West) hätte man in Westdeutschland statt des Wirtschaftswunders eine Wiederholung der zwanziger Jahre erlebt. Seit 1990 wird zurückgezahlt.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 128, Juni 2001

Vor 60 Jahren, am 22. Juni 1941, überfiel Deutschland die Sowjetunion. Was immer dann später auch passiert ist mit Deutschland und den Deutschen: Es ist von diesem Tage nicht zu trennen. Hätte sich das deutsche Volk selbst vom Faschismus befreit – oder ihn gar nicht erst zugelassen –, hätte es den 22. Juni so nicht gegeben und dieses 8. Mais nicht bedurft. So aber wurde, weil die Überfallenen nach Monaten eines beispiellos opferreichen Rückzugs ungeheure Kräfte der Verteidigung und dann des Gegenangriffs zu mobilisieren vermochten und schließlich nach fast vierjährigen Kämpfen die Hauptstadt des Aggressors stürmten, dieser 8. Mai 1945 zum Tag der Befreiung. Mit jenem Gewicht der Sowjetunion, das sie im Kampf der Antihitlerkoalition als Hauptkraft der militärischen Niederrung Deutschlands erworben hatte. Und also mit allen sich daraus ergebenden Widersprüchen. Es war, nachdem zunächst die Völker Europas vom faschistischen Joch befreit worden waren, nun auch die Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus – und es war der Sieg eines Staates, der seinerseits vor dem Krieg Millionen von Bürgerinnen und Bürgern des eigenen Landes in Lager verschleppt oder umgebracht hatte und von August 1939 bis zum 22. Juni 1941 mit Deutschland in einem Vertragsverhältnis lebte, dem unter anderem Polen geopfert worden war und das die Auslieferung deutscher Antifaschisten an die

Gestapo einschloß. Nein, einfacher ist diese komplizierte Geschichte nicht zu haben. Wahr bleibt: Die Flüchtlingsströme aus dem deutschen Osten; das sowjetische Besatzungsregime im Osten des nach dem Krieg verbliebenen deutschen Territoriums; die Spaltung Deutschlands; der alles entscheidende Einfluß der Sowjetunion auf die Entwicklung der DDR – alles ist Folge jenes 22. Juni. Und wahr bleibt auch: Den höchsten Blutzoll unter den deutschen Gegnern des Kriegskurses des faschistischen Deutschland hatten die Kommunisten entrichtet. »Wer Hitler wählt, wählt den Krieg«, hatten sie schon 1932 gerufen – und waren dann dafür zu Zehntausenden in die Konzentrationslager und zu Tausenden aufs Schafott gegangen.

WOLFRAM ADOLPHI

Heft 129/130, Jul/Aug. 2001

Die Heilserwartung, die nicht erst seit Lenin gegenüber Revolutionen aufgebaut wurde, ist bis heute in Teilen der PDS und nicht zuletzt in den revolutionären Programmentwürfen virulent. Daran hängt der ganze Kanon vom »Aufbau des Sozialismus« nach Verstaatlichung durch einen allmächtigen Staat. Doch Revolutionen werden nicht »gemacht«, sondern treten unabhängig vom Willen einzelner ins Leben. Sie können die sozialistische Bewegung vorwärtstreiben; der Revolution folgt aber immer die Restauration (ebenso unabhängig vom Willen einzelner). Ihr Zuvorkommen kann man nur mit selbstgemachter Restauration, wie in der Sowjetunion geschehen. Die Crux der Verstaatlichung ist, daß sie den Staat zementiert und der ganze bürokratisch-diktatorische Kladderadatsch wieder von vorn losgeht. Einer linken Alternative, die auf der Vorstellung gründet, nach einer Revolution dank der eroberten Staatsmacht die Gesellschaft abermals unterwerfen und es dieses Mal »viel besser« machen zu können, sollte die PDS endlich eine Absage erteilen – nicht aus taktischen Erwägungen, sondern aus prinzipiellen Gründen. Eine Sackgasse ist genug. Doch die »revolutionären« Programmentwürfe setzen allesamt genau dieses voraus; in ihnen ist zwar nicht mehr von der Revolution die Rede, aber sehr wohl von ihrem Ergebnis: der Verstaatlichung. Der revisionistische Entwurf hingegen zielt auf eine Vergesellschaftung durch Demokratisierung der Verfügungsgewalt über das Eigentum und damit auf eine organische Entwicklung, deren Ergebnisse sich tief in die Gesellschaft einwurzeln und durch kein Großkapital der Welt rückgängig gemacht werden können. Erfahrungen in der PDS zeigen aber auch, daß Mehrheiten für Konzepte moderner sozialistischer Politik gewinnbar sind.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 132, Okt. 2001

»Gewißheiten« hinsichtlich der Täterschaft muß zutiefst mißtraut werden. Es gibt heute, am 12. September, trotz vieler von den Medien verbreiteter Vermutungen in Richtung der islamischen Welt keinerlei Beweise. Wird es trotzdem »Vergeltung« geben? Gegen Länder und Völker dort? Aber wem nützt es? Gewiß ist doch: Eine Spirale der Gewalt hat den Frieden noch niemals sicherer gemacht. Und Mißtrauen ist auch angebracht gegenüber jenen »Gewißheiten«, in denen noch immer ein Teil der politischen Linken Zuflucht sucht.

Es gibt sie nicht – eine zur »Erklärung« heranziehbare Verbindungslinie zwischen dem Elend von Millionen Menschen in der Dritten Welt und dieser nun erlebten Form hochtechnisierten und in der Vorbereitung und Durchführung viele Millionen an Dollar verschlingenden Terrors. Aber welche Linien gibt es dann? Wie sind sie bekämpfbar, die Ursachen des Terrorismus, wenn sie sich einem »linearen« Verständnis immer weiter entziehen?

WOLFRAM ADOLPHI

Heft 133, Nov. 2001

Jener Teil der Welt, der sich gern als ›zivilisiert‹ bezeichnet, hat mit sicherem Instinkt die abscheulichen Terrorattacken in den USA von Anfang an als das dechiffriert, was sie auch tatsächlich waren – der bisher ohne Zweifel spektakulärste Anschlag auf die Hierarchie in einem selbstgefälligen, im Kern ungerechten Gesellschaftsmodell. Nicht etwa in dem Sinn, daß die Terroristen eine demokratischere oder gar gerechtere Gesellschaft zum Ziel hätten, nein, hier geht es allein um die Hackordnung. Es geht darum, wer zukünftig in der Weltpolitik und bei der Verteilung der Weltressourcen das Sagen hat und wer zu welchem Preis an diesen Ressourcen partizipiert. Und die Reaktion ›des Westens‹ war nach der ersten Verunsicherung denn auch bezeichnend: ›Jetzt erst recht‹ wurde allerorten zur Losung für die demonstrative Fortsetzung des abendländisch-kapitalistischen Lebensstils ausgerufen. Nicht nur das big business und die Börsen machen weiter, auch in der ›Spaßgesellschaft‹ rollt der Ball wieder – alles wie gehabt.

ARNDT HOPFMANN

Heft 135, Jan. 2002

Man kann die Entwicklung der DDR als Geschichte einer langsamen, wenn auch nicht ganz zu Ende geführten Befreiung vom Antiamerikanismus lesen. Zu den etwas seltsameren intellektuellen Vergnügungen gehört es, in Walter Ulbrichts Unterlagen aus den Jahren 1950/51 zu blättern. Wie mühte sich der arme Mann zu begreifen, warum Stalin wollte, daß die Architektur der Moderne als »amerikanischer Kasernenbau« zu denunzieren sei. Noch weniger begriffen es die Architekten. Doch nur Baustadtrat Hans Scharoung ging in den Westen Berlins; die anderen entwarfen im Friedrichshain Stalins Straße – die heute unter Denkmalschutz steht. Gebauter Antiamerikanismus; allerdings nicht nur als solcher denkmalschutzwürdig. Denn auch in der Maskerade der Antimodernen blieben Henselmann und Paulick große Architekten.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 137, März 2002

»Das ist der Gipfel!« sagte jüngst eine Frau neben mir im Supermarkt. Gemeint waren die Preise für Brot und Fleisch, die bei der Umstellung von DM auf € klammheimlich um ein Viertel in dem einen Fall und gar um ein Drittel in dem anderen gestiegen waren, zumal es auch schon in den Vormonaten Anstiege gegeben hatte. Politik und offizielle Statistik bestreiten die Verallgemeinerbarkeit solcher Alltagsbeobachtungen und geben die Teuerungsrate für Januar mit 2,1 Prozent

an. Hier wird die Problematik von Durchschnitten deutlich. In die Berechnung der Teuerungsrate gehen alle Waren ein, solche die jeder täglich braucht wie Brot, Kartoffeln, Butter und so weiter, aber auch Luxusartikel wie Schmuck, teure Karossen, Designerklamotten und ähnliches. Nun kann es ja sein, dass die Preise beispielsweise für Diamanten stabil geblieben oder gar gesunken sind. Aber davon haben all die nichts, die ihr Geld brauchen, um ihr Leben zu bestreiten. Als arm gilt offiziell, wer weniger als die Hälfte der durchschnittlichen Einkommen erreicht, deren Anteil ist in den letzten Jahren von 13 auf 15 Prozent angestiegen. Daneben gibt es noch eine Gruppe mit »prekäreren Wohlstand« (früher als »relativ arm« bezeichnet) bei drei Viertel des Durchschnitts, auch deren Anteil ist gestiegen von 33 auf 36 Prozent. Wer nur 50 Prozent des durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung hat, für den bedeutet eine Teuerungsrate von zwei Prozent, daß es plötzlich höchstens noch 48 Prozent sind! Es sieht alles danach aus, daß die Währungsumstellung zu einer weiteren Umverteilungsaktion von unten nach oben genutzt wird.

DIETMAR WITTICH

Heft 143, Sept. 2002

Als Vorsatz gilt nach juristischer Definition eine Handlung, mit der die gezielte Benachteiligung anderer beabsichtigt wird. Vorsätzlich handelt, wer billigend in Kauf nimmt, daß durch sein Verhalten Schaden entsteht oder wem es gar auf die Verursachung eines solchen ankommt. Mit dem Vorsatz einher geht die Absicht der Täuschung: Der Coup kann nur gelingen, wenn die potentiellen Opfer nicht ahnen, was ihnen blüht. Anders verhält es sich mit den »guten Vorsätzen« der Alltagssprache, die gewöhnlich das Versprechen, sich zu bessern beinhalten und die man offen verkündet – bevorzugt in Momenten der Zäsur wie zum Jahreswechsel oder – als politischer Akteur – vor einer Wahl. Dann – im Wahlkampf – verschmelzen beide Arten der Vorsätzlichkeit zum populistischen Paradox: Trotz Fortbestands realer Krisenphänomene, Notlagen und Skandale versichert die Regierung, die Versprechen, für die sie zuvor gewählt wurde, erfüllt zu haben, während die Opposition deren vorsätzliche Nichterfüllung konstatiert und für den Fall des Wahlsiegs Abhilfe verspricht: Man wird zwar kaum etwas anders, aber dennoch alles besser machen.

THOMAS GERLACH

Thomas Gerlach – Jg. 1961, Dipl.-Psychologe, Studium in Bremen, Abschlussarbeit zum psychologischen Gehalt der neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie, 2002-2004 Redakteur bei UTOPIE kreativ.

Heft 143, Okt. 2002

Seit Jahren steigt in der Bevölkerung der Anteil jener, denen Politikverdrossenheit nachgesagt wird. Intelligentere Analytiker haben unterdessen festgestellt, daß die Leute nicht apolitischer werden, wie dieser Begriff suggeriert, sondern daß sie in Wirklichkeit nur von den Politikern die Nase voll haben. Die Bundestagspolitiker scheint das nicht anzufechten; sie lassen alles mit sich geschehen. (Auf populistische Motivsuche sei an dieser Stelle verzichtet.) Irgendwann folgt in einem Land wie Deutschland jedoch auf die Politikerverdrossenheit die Verdrossenheit am Parlamentarismus. Unsere Parteien arbeiten an diesem »Projekt« – Tag und Nacht.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 146, Dez. 2002

Selbst wenn es gelänge, die für kapitalistische Gesellschaften typische, über die ungleiche Einkommensverteilung »erzwungene« Unterkonsumtion eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung noch als »Wachstumspotential« zu mobilisieren – was eine radikale Umverteilung von »oben nach unten« zur Voraussetzung hätte –; der Traum vom extensiven Wachstum ist (zumindest für die hochentwickelten Länder) ausgeträumt. Es fehlt zunehmend nicht nur der (Umwelt)Raum, sondern auch die notwendige (Konsum)Zeit, um immer neue zusätzliche Güter immer schneller zu benutzen und zu verbrauchen. Das hat Konsequenzen. Die neuerdings auch in der PDS aufgebrochene Debatte über die Zukunft des Wirtschaftswachstums bedarf daher der Weitung der Perspektive. Es geht gar nicht so sehr um die Klärung von Pro-und-Kontra-Wachstums-Fragen zwischen »Ökologen« und »Ökonomen«, wie der Grundtenor der Kontroverse nahelegt, sondern auch und vor allem um die Frage einer neuen Wirtschaftspolitik, die grundlegende gesellschaftliche Entwicklungsprobleme auch ohne extensives Wachstum bearbeitbar macht. Gebraucht wird eine »spezielle Wirtschaftspolitik für reife Industriegesellschaften« (so Norbert Reuter in seinem bemerkenswerten Buch über die »Ökonomik der ›langen‹ Frist«) – unter anderem hier könnte die PDS zeigen, weshalb sie noch gebraucht wird.

ARNDT HOPFMANN

Heft 148, Febr. 2003

Ulrich Busch – Jg. 1951,
Doz. Dr. oec. habil.,
Bankkaufmann, Finanz-
wissenschaftler, zahlreiche
Veröffentlichungen zur
Wirtschaftstheorie und
-politik, 2003/04 Redakteur
bei UTOPIE kreativ.

Krieg ist heute die Fortführung der Ökonomie. Dabei beschränkt sich seine konjunkturbelebende Wirkung keineswegs allein auf die kriegführende Volkswirtschaft. Auch die anderen profitieren davon, allen voran Großbritannien, Deutschland und Frankreich. Dies erklärt zu einem Gutteil die Solidaritätsbekundungen dieser Länder mit den USA, wenn es um die Inszenierung eines Krieges geht, oder sogar um die aktive Teilnahme an vorderster Front wie im Falle Großbritanniens. Der Golfkrieg im Jahre 1991 und der Krieg gegen Serbien 1999 haben dies für die Zeit nach dem Ende der Blockkonfrontation und der Bipolarität in der Welt eingehend demonstriert. Der bevorstehende Krieg gegen den Irak bedeutet die Fortsetzung dieser Logik in einem neuen, erweiterten Sinne. Was aber, wenn es schief geht, wenn der Waffengang zum Desaster wird, der Krieg sich hinzieht und unkalkulierbare Rückschläge auftreten? Wenn der Gegner sich als stärker und zäher erweist als angenommen, wie im Falle Vietnams, oder wenn es Gegenschläge und Vergeltungsmaßnahmen gibt, ähnlich dem Attentat vom 11. September? – Die Folgen wären furchtbar. Und das keineswegs nur für die USA, sondern gleichermaßen für Deutschland, Europa, Asien, für die Welt. Anstatt durch Krieg aus der wirtschaftlichen Stagnation herausgezogen zu werden, würde die Welt in eine tiefe Rezession hineingezogen, in eine Krise gerissen. Die Folgen eines derartigen Szenarios wären wie bei einem Flächenbrand weder abseh- noch beherrschbar, nicht zuletzt gerade auch für die Weltwirtschaft.

ULRICH BUSCH

Heft 149, März 2003

Stalin zählte zu den Erben Lenins, wenn auch nur zu denen dritten Grades. Lenin hatte die Oktoberrevolution als Eröffnung für einen europäischen Revolutionszyklus – analog dem Jahre 1848, wo die Revolution von Paris aus Europa überflutet hatte – verstanden, 1921 aber einsehen müssen, daß die Folgerevolutionen, vor allem die in Deutschland, nicht nur niedergeworfen worden waren, sondern auch, daß die eigene Revolution zwar militärisch siegreich gewesen, aber sozial gescheitert war. Im bäuerlichen Rußland konnte sich eine proletarisch gestimmte Macht nur halten, falls sie ihre soziale Basis verbreiterte, wenn nicht gar wechselte – was Lenin erkannte und mit der NÖP auch einleitete. Deklariertes Ziel wurde ein Staatskapitalismus als Durchgangsstadium zum proletarischen Sozialismus; dazu sollten Bauern und Kapitalisten auf Zeit begünstigt werden. Die Kapitalisten in China erleben heute ähnlich Merkwürdiges. Stalin verstand sehr bald, daß sich Lenin in diesem Punkt etwas vorgemacht hatte. So konnte kein proletarischer Sozialismus entstehen, bestenfalls eine auf Staatseigentum beruhende Monopolwirtschaft mit einer Monopolherrschaft, die zu ihrer Rechtfertigung aber des Scheines eines proletarischen Sozialismus bedurfte. Das daraus entspringende Programm setzte Stalin konsequent um: Die Mittelbauern, die eigentlichen Kinder der Oktoberrevolution, befreite er vom Eigentum und lieferte sie teils der Industrie aus – ohne ihnen jedoch die restlichen Freiheitsrechte der doppelt freien Lohnarbeiter zuzugestehen –, drückte sie teils auf den Stand von 1861 zurück. Wer sich verweigerte, kam ins Lager oder wurde ausgehungert; in der Ukraine mehr als eine Million Menschen. Ursprüngliche Akkumulation als Bürgerkrieg. Seine eigentliche soziale Basis fand der Staatskapitalismus natürlich nicht im Proletariat, sondern in der Bürokratie. Bucharin, Weggefährte auf Zeit, erkannte in Stalin den »Dschingis Khan«. Der selbst mochte besonders »Iwan den Schrecklichen« von Eisenstein. Josef Stalin ist russische Geschichte. Hier reiht er sich unter die großen brutalen Modernisierer ein: Iwan Grosny und Peter der Große. Mit Sozialismus hat das allerdings nichts zu tun. Stalin fand die Formel, mit der das asiatische Rußland in die Moderne zu führen war. Wie wir heute sehen, hatte der Mann Erfolg. Der russische Kapitalismus ist Wirklichkeit. Stalin hat dessen bluttriefende Geburt bewältigt. Millionen Tote waren der Preis.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 150, April 2003

In der Bundesrepublik Deutschland sind wir Zeugen, wie mit Hilfe des Staates immer größere Teile der Gesellschaft gedrängt werden, von ihrem Recht abzulassen, auf den Staat Druck auszuüben. Der Staat des Kalten Krieges beruhte auf gut austarierten Kompromissen zwischen den verschiedenen Gesellschaftsgruppen. Heute sind wir auf dem Rückweg zum alten Klassenstaat. Dazu dient nicht zuletzt die Losung »Weniger Staat«, die bei Lichte betrachtet nichts anderes bedeutet als »Weniger Zugriff auf den Staat durch die nicht ökonomisch Mächtigen«. Demnächst wird auch wieder feierlich über den Staat geredet werden. Die ökonomisch Mächtigen sind in der Offensive. Das ihnen vorzuwerfen, wäre allerdings albern; der Vorwurf

Marion Schütrumpf-Kunze,
Jg. 1954, Dr. phil., Philo-
sophin, seit Gründung 1990
Redakteurin bei UTOPIE
kreativ.

kann nur an uns selbst gehen. Denn die Linke hat schon seit langem verlernt, eine ihrer Grundfunktionen wahrzunehmen, die für Rosa Luxemburg einst selbstverständlich war: Wir »enthüllten stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit«. Während die SPD sich immer mehr auf die Apologie der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit zurückzog, reduzierten sich die Kommunisten auf das Enthüllen des herben Kerns der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit und denunzierten, anders als es Rosa Luxemburg forderte, formale Gleichheit und Freiheit als unnütze Lächerlichkeit. Beides wieder zusammenzudenken, bleibt unsere Aufgabe.

MARION SCHÜTRUMPF

Heft 153/154, Juli/Aug. 2003

Warum wird mit Bezug auf den notwendigen Wandel in Produktions- und Konsumtionsmustern eigentlich so wenig von »Suffizienz« gesprochen? Suffizienz meint – im Gegensatz zu Effizienz, die auf »mehr aus weniger« setzt – die grundsätzlich andersartige und dauerhafte Lösung eines (Konsum)Problems, ohne Weiterbestehen des Zwangs zur (wenn auch zeitverzögerten) Ersetzung materieller Güter durch neue. Suffizienzlösungen sind oft jedoch keineswegs so neu und revolutionär wie Effizienz basierte Schöpfungen. Wer erinnert sich zum Beispiel noch an die gute alte Speisekammer, die einen Kühlschrank überflüssig gemacht hat? In einer Region wie Mitteleuropa, in der 200 Tage im Jahr speisekammeregünstige Temperaturen herrschen, könnten wir – wie unsere Großeltern – auf Kühlschränke nahezu gänzlich verzichten, wenn allerdings die baulichen Voraussetzungen (wieder) geschaffen würden. Auch wäre die »flächenüberdeckende Automobilisierung« völlig unnötig, wenn Wohnen, Einkaufen und Arbeiten wieder in einen Raum zusammengebracht werden könnten, der Spaziergänge zwischen den einzelnen Tätigkeitsorten möglich und angenehm – und gesundheitsdienlich – macht. Wozu bräuchten wir immer effizientere Transportverfahren, wenn die übergroße Mehrzahl unserer Konsumgüter in der Region erzeugt würde, in der wir ohnehin leben?

ARNDT HOPFMANN

Heft 155, Sept. 2003

Unterdessen existiert kaum etwas, das nicht »reformiert« würde. Sieht man einmal von den Eigentumsverhältnissen ab; aber sogar die werden umgebaut: Immer weniger Menschen gehört immer mehr.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 156, Okt. 2003

Die neoliberalen Forderungen haben eine verblüffende Plausibilität. Es lohnt, darüber nachzudenken, warum das so ist. Zwei Botschaften sind zentral: »Leistung muß sich wieder lohnen!« und »Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist in Gefahr!«. Wessen Leistung ist gemeint? Die der alleinerziehenden Mutter oder des alleinerziehenden Vaters, die es trotz der Mehrfachbelastung durch Familie, Haushalt und Arbeit mehrheitlich schaffen, ihre Kinder zu anständigen und nützlichen Menschen zu erziehen? Nein, mit »Leistung« ist Profitmachen gemeint. Das Gerede vom »Wirtschaftsstandort« unterstellt,

die Gesellschaft, unser aller Gemeinwesen, hätte seinen Existenzzweck in erster Linie darin, die profitable Verwertung von Kapital zu gewährleisten. Diese Kernbotschaften sind Mythen, allerdings mit der Wirkung ideologischer Waffen. Der Kapitalismus, von dem Max Weber meinte, er werde durch fortschreitende Rationalität geprägt, bedient sich des Irrationalen, greift zur Mythologisierung. Flankiert wird das von einer Reihe von Hilfsmythen, zum Beispiel dem Mythos, Reform sei, was soziale Errungenschaften von Jahrzehnten liquidiert, oder dem Mythos vom »Realismus«, der den propagierten Kurs als alternativlos hinstellt und andere Modelle von vornherein als »unrealistisch« etikettiert. Es ist relativ einfach, diese Mythen zu entschlüsseln und die Ideologisierungen zu durchschauen. Das mindert aber, wie wir ständig zur Kenntnis nehmen müssen, nicht ihre Wirkung. Meine Hypothese ist, die neoliberale Hegemonie basiert darauf, daß es ihren Protagonisten erfolgreich gelungen ist, ein antisolidarisches Gesellschaftsbild und Menschenbild zu implementieren und zu verbreiten. Dafür war der Untergang des Staatssozialismus eine wichtige Voraussetzung. Gezeichnet wird eine Gesellschaft, die geprägt wird durch den erbarmungslosen Wettbewerb um den größtmöglichen privaten Anteil am gesellschaftlichen Reichtum, diese Gesellschaft gehört den Schönen, Reichen und Mächtigen. Der dazu passfähige Mensch ist egoistisch, als Erfolg gilt, möglichst viel in die eigene Tasche zu wirtschaften. Das legitimatorische Gegenbild ist das vom faulen Menschen, der in der sozialen Hängematte lümmelt. Diese Bilder von Gesellschaft und Mensch sind inzwischen nicht nur binsenweisheitliche Denkformen von überrollender Einfachheit, sie laufen auch permanent bei jeder aktuellen Botschaft – subversiv oder ganz offen – mit. Sie sind der Hintergrund der alltäglichen ideologischen Aggressionen und reproduzieren die neoliberale Hegemonie.

DIETMAR WITTICH

Heft 158, Dez. 2003

Da tragen 100 000 Leute aus Ost und West ihre Unzufriedenheit mit der Agenda 2010 der Bundesregierung und mit dem gebetsmühlenartig auf sie einprasselnden Gerede von der Alternativlosigkeit dieses Raubzugs gegen den Sozialstaat auf die Straße – aber die, die sie dazu aufgerufen haben, können sich nicht darauf verständigen, eine Brücke zu bauen hinein in den parlamentarischen Raum, auf daß dort die Wände widerhallen vom Protest. Für einen Moment hatte ich auf dem Berliner Gendarmenmarkt die Vision, es müsse einen Auftrag geben der versammelten Menge an Gesine Lötzsch und Petra Pau – die beiden direkt gewählten, aber fraktionslosen PDSlerinnen im Bundestag – dergestalt, daß sie den berühmten Satz des Römers Cato doch abwandeln mögen in ein vor jede ihrer Reden gestelltes »Im Übrigen haben uns 100 000 Menschen beauftragt, hier kund zu tun, daß die Agenda 2010 abgeschafft gehört!« Mehr als diese beiden Frauen sind doch an linker Opposition in diesem Parlament nicht geblieben – warum also ihren Platz und ihre Kraft nicht nutzen und stärken? Und die der mitdemonstrierenden dreiköpfigen PDS-Ministerriege aus Mecklenburg-Vorpommern gleich mit? Warum dieses Verschenken der Möglichkeiten?

WOLFRAM ADOLPHI

Heft 161, März 2004

In Düsseldorf stehen derzeit sechs Spitzenmanager deutscher Großunternehmen vor Gericht, wegen Bereicherung und Beihilfe zur »Vorteilsnahme«, was nur ein Tarnname für gewaltige Korruption ist. Das Erstaunliche ist, daß es tatsächlich zur Anklage kam. Entsprechend verhalten sich die Angeklagten, mit Siegerpose verkündet Josef Ackermann, immerhin Chef der Deutschen Bank, sie hätten nur getan, was »im Wirtschaftsleben üblich« sei. Die private Bereicherung am eigenen Unternehmen und dem anvertrauten Kapital ist also in diesen Kreisen das Übliche! Dagegen ist die Gottesanbeterin ein geradezu gutherziges Geschöpf, sie frisst ihr Männchen erst nach erfolgreicher Befruchtung.

DIETMAR WITTICH

Heft 168, Okt. 2004

Wenn der Zug nach Berlin die Deutzer Brücke bei Köln am Rhein überquerte, hatte Konrad Adenauer den Eindruck, seine Heimat in Richtung Asien zu verlassen, das für ihn spätestens an der Elbe anfang. Heute wird man eher vom Gefühl beschlichen, zurück nach Deutschland unterwegs zu sein, dorthin, wo immer noch fast ausschließlich in der Sprache der Lutherbibel geredet wird, wo das Antlitz der Armut noch weiß, weiblich und alleinstehend ist (und trotzdem auf Kinder nicht verzichtet wird), wo, als Ausweis renitenten Zurückgeblieben-seins, die Frauen und Mädchen feministische Literatur ignorieren, dafür aber – zumindest bis jetzt noch – in großen Teilen selbstbewußt und unverklemmt sind. Statt sich endlich dem Westen anzupassen, nimmt dieses Selbstbewußtsein heute zu – nach den Jahren der Erniedrigung, Ausplünderung, Verhöhnung und verweigerten Integration des Ostens. Der Anschluß ist gescheitert. Auch gibt es im Osten nicht mehr viel zu holen; der Bundespräsident plädiert fast unverhüllt für ein Mezzogiorno, und jeder vierte Westdeutsche will die Mauer wiederhaben. Auf die Ostalgie folgt die Westalgie; darüber zu reden, gilt aber als unfein.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 172, Febr. 2005

Martin Schirdewan –
Jg. 1975, Politikwissen-
schaftler, Redakteur bei
UTOPIE kreativ.

Der Irak lehrt, daß eine vermeintlich allmächtige Armee nur dazu taugt, die Diktatoren und Demokraten der Welt zu schrecken und im Zaum zu halten, da sie um ihre Macht fürchten. Trifft sie auf ein wie auch immer geartetes, fanatisch verteidigtes Ideal, relativiert sich die Allmacht auf ein überschaubares Maß an Strafaktionen, Gewalteininsatz gegen die Zivilbevölkerung und Gefangene, den illegalen Einsatz geächteter Waffensysteme, kurzum: den ganzen dreckigen Sumpf konventioneller Kriegführung.

MARTIN SCHIRDEWAN

Heft 177/178, Juli/Aug. 2005

Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen Ende Mai hatte die CDU einen deutlichen Wahlsieg eingefahren, wie es eigentlich von allen erwartet worden war. Die SPD als primus inter pares in der letzten rosa-grünen Regierungskoalition in einem Bundesland hatte – wieder einmal – eine heftige Niederlage hinzunehmen. Nach 39 Jahren SPD-

Regierung war der Regierungswechsel am Rhein das Medienthema. Angela Merkel und die anderen Großkopfen von CDU und CSU strahlten um die Wette. Da trat in Berlin Franz Müntefering vor die Kameras, gestand in dürren Worten die Niederlage ein, um dann zu großer Form auflaufend mitzuteilen, der Bundeskanzler Gerhard Schröder und er hätten sich darauf verständigt, das Verfahren für vorgezogene Neuwahlen einzuleiten. Tata! Damit war dem Wahlsieger des Abends die Show geklaut, der Regierungswechsel in NRW geriet zur Nebensache, die Neuwahlen wurden zum Medienthema. Das hatten noch gar nicht alle geschnallt, da meldete sich Oskar Lafontaine von der fernen Saar und teilte seinen Austritt aus der SPD mit, dies wohl vor allem, um nachzuschieben, dass er bei vorgezogenen Neuwahlen für die WASG (Wahlalternative für Arbeit & soziale Gerechtigkeit) zur Verfügung stünde, aber nur, wenn diese ein Bündnis mit der PDS einginge. Damit war nun wiederum Schröder und Müntefering die sorgsam platzierte Show abhanden gekommen. Der Zeitgeist, für den doch als ausgemacht gilt, dass er fest in der Hand der Neoliberalen ist, schlägt Purzelbäume: Die Linken, eine neue gemeinsame und gesamtdeutsche Linkspartei oder ein gesamtdeutsches Linksbündnis mit Lafontaine und Gysi als Frontmänner sind Thema des Tages.

DIETMAR WITTICH

Heft 179, Sept. 2005

Allein die Ankündigung von PDS und Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG), sich zusammenschließen zu wollen und dies mit einer Umbenennung der PDS in Linkspartei.PDS sowie mit offenen Listen der Linkspartei im Wahlkampf zu dokumentieren, hat zu einer Verdoppelung der Umfragewerte von unter fünf Prozent auf fast zehn Prozent und dann gar zu weiteren Steigerungen bis auf zwölf Prozent geführt. Ja, das ist Protest. Protest dagegen, dass unter der Ägide des Sozialdemokraten Gerhard Schröder das TINA-Verdikt der britischen Konservativen Margaret Thatcher aus den siebziger Jahren in Deutschland eine bisher nicht gekannte Kraft entfaltet hat. TINA – There Is No Alternative (Es gibt keine Alternative). Aber so gebetsmühlenartig dieses TINA auch immer wiederholt werden mag aus Politiker- und Unternehmerverbands- und Medienhauptstrommündern: Immer mehr Menschen glauben es nicht mehr. Sie protestieren, weil sie nicht glauben wollen, dass alles auf Alternativlosigkeit gestellt sei und die Globalisierung »ganz natürlich« in Sozialabbau, Armut und fundamentale Verunsicherung aller Lebenswelten münden müsse. Die Linke ist gefordert, diesen Protest aufzunehmen – und sie darf ihm, wenn sie mit einer Fraktion der Linkspartei in den neuen Bundestag einziehen sollte, bei Strafe einer erneuten Marginalisierung nicht wider entsagen. TAMARA muß das Motto lauten – There Are Many And Realistic Alternatives (Es gibt viele und realistische Alternativen). Und diese Alternativen entstehen nicht im Gewöhnlichen – sprich in der Erledigung parlamentarischer Hausaufgaben. Sie entstehen nur in der stetigen und erlebbaren Verbindung mit dem außerparlamentarischen Protest, entstehen nur in einer neuen Qualität des Zusammenwirkens von Partei, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften – im Außergewöhnlichen eben, mit dem auf das Scheitern von Rot-Grün geantwortet werden muß. Signale des Mutes müssen gesetzt werden

und Signale der Unbeugsamkeit – sonst wird sich der Protest schon bald andere Ausdrucksformen suchen.

WOLFRAM ADOLPHI

Heft 187, Mai 2006

Das Scheitern der letzten 15 Jahre ist ein eindrucksvoller Beweis der Anfang der 80er Jahre von amerikanischen Politologen formulierten Kartellparteienthese, deren Kernaussage darin besteht, dass die Parteien den Staatsapparat okkupieren, davon leben und, um davon leben zu können, ein politisches Kartell begründen. Die Inhalte gleichen sich an, es spielt im Endeffekt keine Rolle mehr, wer es sich auf der Regierungs- oder der Oppositionsbank bequem macht. In der Regel ändern sich nur die Namen. Womit des deutschen Linken hassgeliebtes Kind in den Fokus der Gedanken gerät. Wie verhält sich die zur Linkspartei gewandelte PDS?

MARTIN SCHIRDEWAN

Heft 188, Juni 2006

Mir fällt in der kontrovers und zuweilen scharf geführten Debatte vor allem eines auf: dass es die Utopie nach wie vor sehr schwer hat, überhaupt gedacht zu werden. Als Bremse funktioniert offensichtlich nicht nur der bewusst entwickelte und aggressiv in die Öffentlichkeit gebrachte Meinungshauptstrom der Marke TINA (There is no alternative – Es gibt keine Alternative), sondern gleichzeitig die vielen von uns auch ohne all das neoliberale TINA-Geschwätz innewohnende Furcht vor dem Ungewohnten. Denn es ist doch bemerkenswert: Obwohl es keinerlei neuerlichen Beweises dafür bedarf, dass die Arbeitswelt in ihrer jetzigen Form Hunger, Elend und Tod in schier auswegloser Massenhaftigkeit produziert und zudem auf Selbsterstörung durch erbarmungslose Ressourcenvernichtung hinausläuft, werden Überlegungen zu einer radikalen Alternative, wie sie die bedingungslose Grundsicherung ja vielleicht darstellen könnte, zuweilen mit einer Heftigkeit abgelehnt, als ob mit ihr alles nur immer schlimmer werden würde.

WOLFRAM ADOLPHI

Heft 192, Okt. 2006

Wenn – wie das geplant ist – die Linkspartei.PDS und die WASG im Jahre 2007 zur Gründung einer Neuen Linken schreiten, wird die Neue Linke um eine klare Haltung zur Vertretung der Ost-Interessen als eines wesentlichen Bestandteils des Erbes der PDS nicht herumkommen. Überlegungen wie die, dass man mit Östlichem im Westen nicht Furore machen könne, mögen hier und da ganz gut klingen – zumal, wenn man betont, dass man die Teilung ja schließlich nicht noch zementieren wolle –, aber hilfreich oder gar vorwärtsweisend sind sie nicht. Das Problem der tiefen Kluft zwischen Ost und West besteht unabhängig davon, was die einzelnen Parteien darüber sagen, weiter, und wenn nun auch noch die letzte der großen Parteien es nicht mehr zur Kenntnis nähme – nun, dann würden die von ihm Betroffenen nach anderen Möglichkeiten des politischen Ausdrucks ihrer Interessen suchen.

WOLFRAM ADOLPHI

Heft 195, Jan. 2007

Neu an der heutigen Situation ist die um sich greifende und an die zwanziger Jahre erinnernde Kapitalismuskümmigkeit, deren politischer Ausdruck die Linke werden kann. Bei diesem Spiel hat sie allerdings nur einen Wurf frei, denn die Rechte steht nicht nur bereit, alle Unzufriedenen einzusammeln, sondern hat damit schon begonnen. Ganz anders als bisher stellt sich auch dar, was in den alten Bundesländern geschieht: Bis 2004 stammten Linke, soweit sie noch Politik machten, vor allem aus dem K-Gruppenmilieu. Das war so, obgleich seit 1990 Hunderttausende aus den Gewerkschaften und aus der SPD emigriert waren. Unterdessen ist der Leidensdruck so hoch, dass gestandene SPDler und Gewerkschafter nicht nur begonnen haben, sich links der SPD zu organisieren, sondern sogar eine Vereinigung mit der Ostlinken anstreben. Besonders bemerkenswert dabei ist, dass es sich bei ihnen nicht um traditionelle Linke handelt. Sie stehen nicht an der Spitze eines großen Auswanderungsstromes aus der SPD, sondern in dessen Mitte, vielleicht sogar an dessen Ende. Die Zukunft wird zeigen, ob diese Gruppe ihrer wichtigsten Aufgabe gewachsen sein wird: politischer Ausdruck der Hunderttausenden zu werden, die sich aus dem politischen und gewerkschaftlichen Engagement verabschiedet haben. Gelingt das nicht, sind alle Erfolge gegenüber der SPD und innerhalb der Gewerkschaften Pyrrhussiege, mögen sie noch so glorreich erfochten werden.

Und dann ist da noch die sich häutende PDS. 2002 schien sie dem Tode geweiht. Günstigstenfalls bot sich ihr, wenngleich ohne nennenswertes bundespolitisches Gewicht, noch eine Perspektive als linke CDU des Ostens. Als politischer Ausdruck der DDR-Dienstklasse, der die PDS ursprünglich war, ist sie auch weiterhin dem Tod geweiht, denn diese Klasse kann sich nicht reproduzieren – was bedauern möge, wer mag. Seit die Veränderungen der Gesellschaft nun auch im Westen angekommen sind, ist die PDS auf dem Wege, endgültig zu einer wichtigen Hinterlassenschaft der DDR zu werden. Mit ihrer nach wie vor beeindruckenden (wenngleich fragilen) organisatorischen Stärke und parlamentarischen Verankerung im Osten könnte sie – selbst wenn sie in einem Bundesland durch Regierungsbeteiligung fahrlässige Selbsttötung begehen sollte – der entstehenden gesamtdeutschen Linken eine Stabilität leihen, über die diese inhaltlich-programmatisch zumindest im Moment nicht verfügt.

JÖRN SCHÜTRUMPF